

Geschichte der Psychiatrie

Problem „Republikflucht“

Eine Studie vergleicht die Anstaltspsychiatrie in Ost- und Westdeutschland in den 40er- bis 60er-Jahren – schließt damit eine Forschungslücke.

Die Historiker entdeckten in den letzten Jahren die neuere Psychiatrie als Thema. Es gibt inzwischen gute Darstellungen über Euthanasie und Zwangssterilisation im deutschen Nationalsozialismus ebenso wie über das Hungersterben psychisch Kranker während und nach den beiden Weltkriegen. Auch die neueste psychiatrische Entwicklung und deren Vorgeschichte, die man mit dem Jahr 1968 beginnen lassen kann, als im Zuge der Studentenbewegung das Interesse an den Lebensbedingungen sozialer Randgruppen wuchs, hat schon einige Historiographen gefunden oder auch engagierte Zeitzeugen, die an der Gestaltung dessen, was man seitdem die deutsche Psychiatriereform nennt, aktiv gestaltend beteiligt waren (DÄ, Heft 51–52/2001).

Hingegen ist für die zeithistorische Forschung die Psychiatriegeschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit ein bis heute eher randständiges Thema geblieben. Das mag daran liegen, dass in den 20 Jahren zwischen 1945 und 1964 keine spektakulären Ereignisse stattfanden, über die zu berichten lohnte. Es war eben „nichts los“ in der Psychiatrie, wenn man einmal von der Entwicklung bestimmter Psychopharmaka, zum Beispiel der in den 50er- und 60er-Jahren aufkommenden Neuroleptika und Antidepressiva, absieht. Das aber war eher ein innerpsychiatrisch-klinisches Thema als eines für Psychiatrie-Historiker. Die Forschungslücke ist jetzt durch eine Studie von Sabine Hanrath geschlossen worden. Sie hat sich dabei den Umstand zu Eigen gemacht, dass die deutsche „Anstaltspsychiatrie“ – und nur darum geht es hier – bis 1945 eine gleich laufende Entwicklung genommen hat und erst mit der Teilung des Landes in einen östlichen und einen westlichen Teil eine

in Teilbereichen divergente Entwicklung einsetzte, die mit der Wiedervereinigung ein Ende fand.

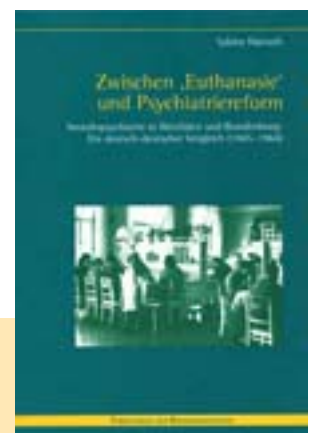
Am Beispiel der beiden Anstalten Gütersloh und Brandenburg-Görden wird der Klinikalltag sowohl aus der Bediensteten- als auch aus der Patientenperspektive veranschaulicht. Resümee: Die praktischen Gemeinsamkeiten der Psychiatrie Ost und der Psychiatrie West waren größer als das Trennende. Gestritten wurde auf einer Meta-Ebene, ob etwa die Psychotherapie à la Freud oder die Pawlowsche Reflex-Theorie besser geeignet sei, psychische Störungen zu erklären und entsprechende therapeutische Abhilfen zu schaffen. Im Alltag im Osten interessierte das keinen Menschen. Hier ging es um banalere Dinge, dass es genug zu essen gab für die Patienten und genug Braunkohle für die Heizung oder dass das Medikamentenbudget ausreichte – eine Frage, die sich nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Deutschlands stellte. Ein besonderes Problem für die Brandenburger Anstalt war die „Republikflucht“ der Ärzte. Offizielle Angaben hierzu gab es damals nicht, vor Ort „wusste man aber sehr genau, wer“ – vor dem Mauerbau 1961 – wieder „abgehauen“ war. Im Jahr 1958 verließen mehr Ärzte die DDR als examinierte Studenten die Hochschule. Im August 1957 wurden die 2 921 Kranken der Anstalt Brandenburg-Görden von zwölf Ärzten betreut, was einer Relation von eins zu 243 entsprach. Im Spätsommer 1959 waren nur noch acht Ärzte dort, und das Verhältnis verschob sich auf eins zu 365.

Nach dem Mauerbau verbesserte sich die Situation erheblich, die Verhältnisse in Ost und West näherten sich wieder etwas an. Im Osten

gab es erste ernst zu nehmende Reformbemühungen. In einem Thesenpapier, den Rodewischer Thesen von 1963, wurde versucht, den Standort der psychiatrischen Disziplin zu bestimmen, ihre künftige Entwicklung zu umreißen und die Aufgaben der psychiatrischen Krankenhäuser sowie der dort Tätigen neu zu definieren. Dieses Grundsatzprogramm stellte bis zur Auflösung der DDR einen wichtigen Bezugspunkt des professionellen Selbstverständnisses der ostdeutschen Psychiater dar. Die dann aufgestellten Forderungen blieben – nicht zuletzt mangels finanzieller Möglichkeiten – unerfüllbar.

1965, als die Rodewischer Thesen, zwei Jahre nach ihrer Abfassung, in der „Zeitschrift für die gesamte Hygiene“ abgedruckt wurden, legten die Heidelberger Psychiater Walter von Baeyer, Heinz Hafner und Karl Peter Kisker ihre programmatische Schrift „Dringliche Reformen in der psychiatrischen Krankenversorgung in der BRD“ vor, in der sie die Vernachlässigung der (west-)deutschen Psychiatrie als einen „nationalen Notstand“ anprangerten, eine Einschätzung, die von der 1970 vom Deutschen Bundestag eingesetzten Psychiatrie-Enquete-Kommission bestätigt wurde. Danach ging es aufwärts mit der Psychiatrie im Westen, deutlich zögerlicher mit der im Osten. Inzwischen haben sich die Psychiatrie Ost und West weitgehend angeglichen. Mit Recht titelte das Deutsche Ärzteblatt jedoch „Psychiatrie-Reform – Auf halbem Wege stecken geblieben“ (DÄ, Heft 6/2001). Damit war West und Ost gleichermaßen gemeint.

Prof. Dr. med. Manfred Bauer



Sabine Hanrath: Zwischen „Euthanasie“ und Psychiatriereform – Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg. Ein deutsch-deutscher Vergleich (1945–1964) (Forschungen zur Regionalgeschichte, Band 41), Paderborn Verlag, Ferdinand Schöningh, 2002